

aus Deutschland, 75 aus Österreich, 118 aus Großbritannien sowie 60 aus Irland).

Die umfassende Analyse basiert auf einem einheitlichen, detaillierten Kodierungsschema, welches mit Hilfe der Kodierungssoftware MaxQDA auf den gesamten Textkorpus angewandt wurde. Dieses Kodierungsschema umfasst neben quantitativen Charakteristika (Autor, Wortanzahl und zitierte Quellen) und Klassifizierungen (z. B. welche Form von Reichtum angesprochen wird), vor allem qualitative Kategorien (z. B. das *Framing* von Ungleichheit).

Methodisch orientieren wir uns an der Kritischen Diskursanalyse – einem meist qualitativen Forschungsansatz, der sich sowohl linguistischer als auch human- und sozialwissenschaftlicher Elemente bedient. Dies bedeutet keine ausschließliche, von ihren formativen Bedingungen unabhängige Analyse von Sprache oder des Textes an sich, da diese im Rahmen ihrer „Produktions“-Kontexte zu erfassen sind. Es bedarf vielmehr bei der Analyse konkreter Diskurse und deren linguistischer Ausgestaltung immer einer Berücksichtigung der gegebenen sozialen, politischen und kulturellen Kontexte, innerhalb derer sich die Diskurse manifestieren.

Für dieses Projekt wurde auf das Analyseschema von Jäger (2015) zurückgegriffen, da unser Korpus eine vergleichsweise große Anzahl an Texten enthält und daher zu umfangreich für eine rein qualitative Analyse wäre. Der Jäger'sche Ansatz erlaubt es, durch die Nachzeichnung des „gesamten“ Diskursverlaufs und die anschließende Feinanalyse ausgewählter, zentraler Beiträge größerer Textmengen habhaft zu werden und gleichzeitig auf qualitative Analyseelemente nicht verzichten zu müssen. Auf Huckin (2002) aufbauend, nehmen wir dabei besondere Rücksicht auf mögliche *significant silences* – also Themen und Diskursstränge, die zwar im Kontext des zur Analyse stehenden Textmaterials relevant wären, jedoch keine explizite Erwähnung finden, in ebendieser Aussparung aber ihre spezifische Bedeutung annehmen.

3. Die Piketty-Debatte in den Printmedien

Vor diesem doch sehr stark personalisierenden (und polarisierenden) Hintergrund ist es uns im Projekt – wie auch im vorliegenden Artikel – ein vordringliches Anliegen, das „Phänomen Piketty“ wesentlich im Wege der medialen Repräsentation von Ungleichheit zu begreifen. Folgende Themenstellungen gilt es, dabei näher zu behandeln:

- (1) Welche zentralen Einstellungen zu Ungleichheit werden über die Medienberichterstattung vermittelt (3.1 und 3.2)?
- (2) Wie werden mögliche Politikmaßnahmen im Rahmen der Berichterstattung aufgegriffen und dargestellt (3.3)?

- (3) Welches Ökonomiebild liegt der Berichterstattung zugrunde? Wie werden ökonomische Akteure und ökonomische Beziehungen im Rahmen der Ungleichheitsberichterstattung vorgestellt (3.4)?

Die mediale Bewertung von Ungleichheit steht am Beginn der folgenden Analyse, danach werden die Ungleichheits-*Frames* beleuchtet. Die Berichterstattung über umverteilende Maßnahmen wie höhere Einkommens-, Vermögens- oder Erbschaftssteuern steht danach im Fokus. Mit Überlegungen zur Darstellung von ökonomischen Interaktionen im Rahmen der Ungleichheitsberichterstattung schließen wir den Ergebnisteil ab.

3.1 Eine Übersicht: Die mediale Haltung zu Ungleichheit

Wie Tabelle 2 zeigt, nehmen in den vier ausgewählten Ländern insgesamt 172 Artikel einen expliziten Standpunkt zu Ungleichheit ein. 157 Artikel berichten zwar über Piketty oder die Buchinhalte und die anschließende Debatte, beziehen aber keine gesondert ausgewiesene Position.

Im Rahmen jener 172 Beiträge, die ökonomische Ungleichheit als ein ökonomisches, politisches, soziales Phänomen debattieren, wird in 108 Artikel ebendiese als Problem eingestuft, während in 45 Artikeln Ungleichheit explizit nicht als problematisch dargestellt wird. Weitere 19 können als neutral klassifiziert werden, da sie beiderlei Aspekte berücksichtigen. Es zeigen sich keine nennenswerten Differenzen über den gesamten Untersuchungszeitraum (März 2014 bis März 2015), außer dass in den Monaten Mai und Oktober 2014 eine bedeutend höhere Anzahl an Artikeln veröffentlicht wurde (dies ergibt sich aus den Erscheinungsdaten der englischen und der deutschen Übersetzung).

Tabelle 2 gibt auch erste Aufschlüsse über die Unterschiede in der Piketty-Rezeption nach den jeweils untersuchten Ländern. In den englischsprachigen Ländern und (wenngleich in geringerem Ausmaß) Deutschland überwiegen Positionen der Kategorie „Ungleichheit als Problem“ gegenüber jenen, die dies verneinen. Während in Irland besagter Unterschied am größten ist, bildet Österreich die anders gelagerte Ausnahme, in der die zweite Kategorie, wenn auch knapp, überwiegt (21 zu 22 Artikel). Dieser Tatbestand ist vor allem der Tageszeitung „Die Presse“ geschuldet, in deren Beiträgen Ungleichheit großteils als unproblematisch klassifiziert wird. Zwar finden sich auch in anderen eher als politisch konservativ einzustufenden Zeitungen unseres Samples (z. B. bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“) ähnliche Tendenzen, nirgendwo jedoch sind sie so stark ausgeprägt wie in „Die Presse“.

In nahezu der Hälfte der zur Untersuchung herangezogenen Texte wird versucht, nicht wertend über Piketty und die daran anschließende Debatte zu berichten, indem eben von Seiten der AutorInnen nicht explizit Stellung genommen, sondern in „neutralem“ Gestus nur die (jedenfalls selektier-

ten, wenn auch vielleicht über Presseaussendungen) Fakten des Buches zu referieren. Innerhalb jener Gruppierung, die explizit Ungleichheit bewertet, ergibt sich ein mehrheitliches Plädoyer in Richtung einer Problematisierung des ökonomischen und gesellschaftlichen Tatbestandes der Ungleichheit.

In der vierten und letzten Gruppe finden sich Positionen, die – ohne weitere Bewertungen – einige der von Piketty erhobenen Daten replizieren und eventuell auf einige seiner Schlussfolgerungen eingehen.

Zur Frage der Autorenschaft: Knapp 80% der Beiträge (262 an der Zahl) wurde von JournalistInnen verfasst; von den verbleibenden 20% ist ein Großteil der Zunft der ÖkonomInnen zuzurechnen. Bemerkenswert ist weiters, dass die hier untersuchte Thematik durchaus männlich konnotiert zu sein scheint: Über 80% der Artikel weisen männliche Verfasser aus.

Tabelle 2 verweist auf ein wichtiges Differenzkriterium in der Bewertung von Ungleichheit und der Frage, welche, und ob überhaupt, Politikmaßnahmen daraus zu folgen haben. Während es insgesamt 108 (32%) Artikel sind, in denen Ungleichheit als Problem erkannt wird, ziehen lediglich 59 die Schlussfolgerung, dass konkrete Umverteilungsmaßnahmen zu treffen seien, während weitere 51 sich gegen derartige Vorgehensweisen seitens der Politik aussprechen und 47 als neutral klassifiziert werden können. 176 nehmen keine explizite Stellung ein. Im Gegensatz zur Debatte

Tabelle 2: Anzahl der Zeitungsartikel und deren Stellung zu Ungleichheit und Umverteilungsmaßnahmen, Zeitraum März 2014 bis März 2015

	Summe	GBR	IRL	DEU	AUT	Bef. UM	Abl. UM	UM ne	UM ng
Anzahl der Zeitungsartikel	329	118	60	76	75	55	51	47	176
UG Problem	108	41	24	22	21	29	9	24	46
UG kein Problem	45	11	1	11	22	0	27	2	16
UG neutral	19	7	2	5	5	2	4	6	7
UG keine Bewertung	157	59	33	38	27	24	11	15	107
Bef. UM	55	19	17	12	7				
Abl. UM	51	10	7	17	17				
UM ne	47	14	13	12	8				
UM ng	176	75	23	35	43				

UG Problem

sehen in Ungleichheit ein Problem

UG kein Problem

sehen in Ungleichheit kein Problem

UG neutral

sehen Ungleichheit neutral

UG keine Bewertung

nehmen keine Bewertung vor

Bef. UM

befürworten Umverteilungsmaßnahmen

Abl. UM

lehnen Umverteilungsmaßnahmen ab

UM ne

sind neutral gegenüber Umverteilungsmaßnahmen

UM ng

nennen keine Umverteilungsmaßnahmen

um Ungleichheit erscheint jene um Umverteilungsmaßnahmen eher marginalisiert und mündet kaum in Zustimmung (siehe Kapitel 3.3 für das „*Framing*“ der Umverteilungsmaßnahmen). Dies steht im wesentlichen Widerspruch zu Pikettys Buch und seinen weiteren Ausführungen sowie Interviews, in denen er immer wieder eine höhere Einkommens- und Vermögensbesteuerung einfordert.

3.2 Meritokratie, die Wachstumsfrage, soziale Spannungen: Die Problematisierung ökonomischer Ungleichheit

Im Folgenden wird in Tabelle 3 ein Überblick über die häufigsten Kategorien²⁴ gegeben, auf die bei der Behandlung der Ungleichheitsthematik eingegangen wurde.

Tabelle 3: Anzahl der kodierten Segmente zum *Framing* von Ungleichheit, 2014-2015²⁵

	Ungleichheit ist ein Problem						Ungleichheit ist kein Problem						Summe	
	GBR	IRL	DEU	AUT	Summe		GBR	IRL	DEU	AUT	Summe			
Referenz zu gesellschaftlichen Leitbildern	32	20	26	22	100	34%	5	1	4	7	17	12%	117	27%
Ökonomische Konsequenzen	39	21	6	2	68	23%	15	8	5	8	36	26%	104	24%
Politische Konsequenzen	34	26	5	15	80	28%							80	19%
Soziale Konsequenzen	11	11	10	2	34	12%							34	8%
Ungleichheit ist nicht gestiegen							19	1	13	7	40	29%	40	9%
Ungleichheit ist die falsche Maßeinheit							2		11	13	26	19%	26	6%
Andere	3	0	5		8	3%	7	1	2	10	20	14%	28	7%
Anzahl der kodierten Segmente					290	100%					139	100%	429	100%

Betrachten wir die einzelnen hier dargestellten Kategorien, so zeigt sich, dass die Kategorie „Referenz zu gesellschaftlichen Leitbildern“ in beiden unserer Hauptgruppen vertreten ist, wenn auch stärker präsent in Texten, die das Phänomen Ungleichheit als problematisch ansehen, als bei jenen, die dies nicht tun. Unter dieser, in quantitativer Sicht häufigsten, Kategorie sind explizite Bezugnahmen auf gesellschaftliche Konventionen wie dem meritokratischen Prinzip oder dem der sozialen Gerechtigkeit subsumiert: Konventionen, denen im Diskurs um Ungleichheit ein zentraler Stellenwert beigemessen wird. Die Bezugnahme auf das Prinzip der Meritokratie als gesellschaftlichem Leitbild stellt hierbei in auffälliger Weise das am häufigsten bemühte Diskursmuster.

Der Begriff der Meritokratie bezieht sich im Kern auf die Frage der individuellen Leistung, welche in den zur Untersuchung herangezogenen Bei-

trügen beinahe ausschließlich mit „harter Arbeit“ gleichgesetzt ist (und nur auf individuell zurechenbare Arbeitsleistung sowie marktvermittelte Arbeit abzielt). *Summa summarum* kann festgestellt werden, dass in jenem Textkorpus, in dem die steigende Ungleichheit als Problemfeld definiert ist, das Auseinanderfallen von persönlichem Wohlstand und individuell zurechenbarer Leistungsfähigkeit eine dominante Argumentationsfigur darstellt, wie die beiden folgenden Zitate paradigmatisch belegen:

„Diese Tendenz verändert die Anreizsysteme in Marktwirtschaften entscheidend: Prägend ist nicht mehr das meritokratische Prinzip, bei dem Einkommen und Leistung korrelieren, sondern das inheritokratische Prinzip, also in welche Familie man geboren wird oder einheiratet.“ (Markus Marterbauer, in einem Kommentar in: Die Presse, 9. Juli 2014)

„[...] in which the commanding heights of the economy are dominated not just by wealth, but also by inherited wealth, in which birth matters more than effort and talent.“ (Paul Krugman, The Irish Times, 25. März, 2014)

Die Problematik steigender Ungleichheit ist mithin, dass diese nicht länger auf Lohnarbeit oder unternehmerischem Handeln beruhe, sondern stattdessen durch Erbschaften oder Kapital- und Zinseinkünfte konstituiert sei, somit durch eine Klassenzugehörigkeit bedingt. Damit bestimmen – wie z. B. Jakob Schulz in der „Süddeutschen Zeitung“ ausführt – Glück und Zufall über die individuelle Stellung in der Gesellschaft: „Geburt ist Glückssache und keine Leistung.“²⁶

Hervorzuheben ist, dass einer Vielzahl von Autoren das Meritokratie-Prinzip nicht nur als Leitbild und Ordnungsprinzip gilt, welches zwar nicht zur Gänze realisierbar ist, dem aber doch eine formative Funktion für die gesellschaftliche Selbstwahrnehmung zukommt: ein Prinzip, dem in kaum haltbarer Historisierung der Status einer ehemals (z. B. in den goldenen 1960ern und 70ern) real existierenden Praxis zugeschrieben wird und das durch rezente Entwicklungen in seiner Bedeutung und Funktion sukzessive ausgehöhlt worden sei.²⁷

Bloß eine Minderheit der Artikel begreift das meritokratische Prinzip als Mythos und würdigt Pikettys Verdienst, die Zerstörung ebendieses Mythos, dass Leistung zu Wohlstand führe, angesprochen und klar gemacht zu haben:

„Am wichtigsten aber: Seine Daten zerstören den zentralen konservativen Mythos, wonach große Vermögen auf Leistung beruhen und letztlich Arbeit und Wohlstand für alle schaffen. Piketty zeigt, dass auch heute – wie seinerzeit in der französischen Belle Epoque, im amerikanischen Gilded Age oder der österreichischen Gründerzeit – die Milliardäre ihre beträchtlichen Einkommen weniger erarbeiten, als dem verdanken, was man früher „Coupon-schneiden“ nannte. Und dass sie zu einem wachsenden Teil wieder schlicht durch Erbschaften und nicht durch unternehmerische Aktivitäten zu ihrem Reichtum kommen.“ (Hoffmann-Ostenhof, Profil, 5. Mai 2014)

„But I suspect that the real reason for Piketty's rock-star reception is not the quality of his numbers but the fact that he has forced Americans to confront a growing sense of cognitive dissonance. Nearly two-and-a-half centuries ago [...] they proudly believed they had rejected Europe's tradition of inherited aristocracy and rentier wealth. Instead, it was presumed that people ought to become rich through hard work, merit and competition. [...] Piketty's book shows that this dream is increasingly a myth.“ (Gillian Tett, Financial Times, 26. April 2014)

3.2.1 Das *Trickle-down-Prinzip*

Meritokratie als zentrales gesellschaftliches Leitbild findet sich, wenngleich in diametral entgegengesetzter Argumentationslinie, auch bei jenen Autoren, die Ungleichheit nicht etwa als Problemfeld, sondern vielmehr als einen produktiven, eben gesamtgesellschaftlichen Wohlstand letztlich mehrenden Faktor einschätzen. Dass individuelle Arbeit und Leistungsfähigkeit sehr wohl in Reichtum und Wohlstand kulminiere – die (wohlbekannte) Polemik wird meist durch Rückgriff auf bekannte (reiche) Protagonisten exemplifiziert und mündet in der Aussage, dass deren Reichtum via Steuerleistung und Arbeitsplatzschaffung in die Allgemeinheit und das Allgemeinwohl diffundiere.

„In diesem Kontext fällt auf, dass Österreichs Superreiche wie Karl Wlaschek, Johann Graf oder Dietrich Mateschitz in aller Regel weder geerbt haben noch böse Banker sind, sondern sich ihr Vermögen selbst und höchst realwirtschaftlich geschaffen haben. Ihr bemerkenswerter Erfolg führt zwar mathematisch zu mehr Ungleichheit, ist aber wirtschaftlich für Österreich in Summe höchst erfreulich. Niemand kommt durch diese zusätzliche Ungleichheit zu Schaden, aber viele profitieren. Wären die Herren Wlaschek, Mateschitz oder Graf nicht auf die Welt gekommen und hätten nicht ihre Imperien gegründet, wäre die Vermögensverteilung heute zweifellos gleichmäßiger – aber das Land eindeutig ärmer an Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen, Wohlstand.“ (Christian Ortner, Die Presse, 16. Mai 2014)

Gerade in diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass bei der Auseinandersetzung mit dem meritokratischen Prinzip ein Thema nicht angesprochen wird, demzufolge als „*significant silence*“ gefasst werden muss: In den letzten Jahrzehnten hat die allgemeine Lohnentwicklung nicht mit den Produktivitätsgewinnen Schritt gehalten, daher ist auf der Makroebene die Vorfindbarkeit des Leistungsprinzips für den Faktor Arbeit schlicht nicht gegeben.²⁸

Die Debatte um Pikettys Buch führte, dies sei abschließend konkludiert, zu einer intensivierten Auseinandersetzung über das Leistungsprinzip *per se*. Dabei zeigte sich, so widersprüchlich dies auch klingen mag: Je weniger von der Existenz einer meritokratischen Gesellschaft gesprochen werden kann, desto mehr scheint das Ideal eines darauf aufbauenden Ordnungsprinzips Strahlkraft zu entwickeln.

3.2.2 *It's the economy, stupid!*

Die zweithäufigst behandelte Kategorie „ökonomische Konsequenzen“ ist gleichermaßen beliebt sowohl bei Artikeln, die Ungleichheit als problematisch sehen, wie bei jenen, die dies nicht tun. Auch stellt sie in beiden ein durchaus dominantes Argument dar (ca. ein Viertel der Codes), wenn gleich – nicht weiter verwunderlich – jeweils Gegenteiliges behauptet wird. Im Vordergrund steht oftmals die Frage, welche Konsequenz die steigende Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum habe. Besonders die Argumente zum Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum werden diametral geführt. Auf der einen Seite findet sich die Aussage, dass steigende Ungleichheit ein Problem insofern darstelle, als sich diese negativ auf „die Wirtschaft“ und insbesondere auf das Wirtschaftswachstum auswirke, wie die folgenden Beispiele illustrieren:

„Unter dieser wachsenden Ungleichheit leiden nicht nur die Ärmsten. Wenn die höchsten und niedrigsten Einkommen immer weiter auseinanderklaffen, schadet das der Wirtschaft, wie eine jüngst von der OECD vorgelegte Studie zeigt.“ (Jakob Schulz, Süddeutsche Zeitung, 16. Dezember 2014)

„*The implication is perhaps surprising. Not only does inequality damage growth, but efforts to remedy it are, on the whole, not harmful. The findings suggest that trade-offs between redistribution and growth need not be a big worry.*“ (Martin Wolf, The Irish Times, 23. April 2014)

Die Argumentation über den Zusammenhang zwischen steigender Ungleichheit und Wachstum wird freilich auch genau in die andere Richtung geführt, nämlich dass geringe Wachstumsraten nicht notwendigerweise steigende Vermögensungleichheit implizieren, womit die vielzitierte Formel $r > g$ zu entkräften gesucht wird:

„*The theoretical argument that wealth inequalities are likely to rise if growth rates are weak is also dubious. As Prof Lawrence Summers has argued, there are deep questions regarding the likely return to capital in coming decades and whether it will be reinvested to provide a rentier income.*“ (OA, Financial Times, 27. Mai 2014)

Unbeschadet der Kausalitätsrichtung der Argumente (Ungleichheit wirkt negativ auf Wachstum oder geringeres Wachstum führt nicht zu steigenden Ungleichheiten) zeigt sich allerdings, dass die spezifischen Mechanismen der Wirkungsweisen zwischen Ungleichheit und Wachstum im Dunkeln bleiben. Ohne die Wirkungskette genauer zu benennen, werden stattdessen Studien (z. B. vom Internationalen Währungsfonds) zitiert, die diese Aufgabe indirekt übernehmen sollen (auch wenn diese – bei genauerem Lesen – ebenso nur Korrelationszusammenhänge aufzeigen, statt kausale Mechanismen zu beschreiben).

Als weitere ökonomische Konsequenz wird im Rahmen der englischsprachigen Artikel, die Ungleichheit als Problem darstellen, argumentiert,

steigende Ungleichheit führe zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Interessanterweise wird dieses Argument in den deutschsprachigen Texten keineswegs aufgegriffen. Die Diskussion um Ungleichheit wird im deutschsprachigen Korpus nicht mit Themen wie Mindestlöhnen, prekärer Beschäftigung oder dem Niedriglohnsektor in Verbindung gebracht.

In jenen Artikeln, in denen Ungleichheit als nicht problematisch dargestellt wird, wird immer wieder auf die Bedeutung von Kapital und Vermögen für ökonomische Investitionen und Risikobereitschaft hingewiesen, somit steigende Ungleichheit als positive ökonomische Entwicklung verstanden. Darin wird vor allem betont, dass Vermögen als „produktives Kapital“ in Unternehmen gebunden ist und so einen unabdingbaren Beitrag für das gesellschaftliche Wohlergehen leistet.

3.2.3 Soziale Spannungen, Populismus, Demokratiegefährdung

Die Thematik der politischen und der sozialen Konsequenzen, die sich aufgrund von (steigender) ökonomischer Ungleichheit ergeben, wird ausschließlich in jenen Texten aufgegriffen, welche Ungleichheit als Problem darstellen.

In der Kategorie „politische Konsequenzen“ wird die Problematik steigender Ungleichheit über die daraus resultierende zunehmende Instabilität und Unterhöhlung demokratischer Strukturen argumentiert. Dies geschehe einerseits über die vermehrten Möglichkeiten und Kapazitäten von Vermögenden, auf politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss zu nehmen; andererseits nehme aufgrund der steigenden Ungleichheit und der bisherigen Untätigkeit von Regierungen, dies zu verändern, die Legitimität demokratischer Strukturen ab, was langfristig zur Zunahme politischer und sozialer Konflikte sowie zur Hinwendung zu Populismus und Extremismus führe. Einschränkend ist diesbezüglich anzumerken, dass diese Problematiken zwar aufgeworfen und diskutiert werden, konkrete und besonders nationale Beispiele und Kontextualisierungen allerdings fehlen. Die Einflussnahme vermögender Personen auf zunehmende Instabilität durch Extremismus und Populismus sowie die damit einhergehende Unterwanderung demokratischer Strukturen bleibt so ein zwar benanntes, letztlich aber im Abstrakten verhaftetes Problem. In einem Leitartikel des „Spiegel“ wird der Legitimationsverlust demokratischer Strukturen wie folgt beschrieben:

„Aber das zunehmende Auseinanderdriften ganzer sozialer Schichten hat eine viel weitreichendere, viel grundsätzlichere Dimension: Die ärmeren Bevölkerungsschichten koppeln sich zunehmend ab, sie fühlen sich weder ernst genommen noch relevant. Desillusioniert verabschieden sie sich vom politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, verweigern die

Teilhabe, indem sie nicht mehr wählen gehen.“ (Susanne Amann et al., Der Spiegel, 5. Mai 2014)

Es wird den „ärmeren Schichten“ hier zweifelsfrei eine Akteursrolle zugeschrieben, woraus durchaus verständliche Handlungen und Konsequenzen resultieren, welche zugleich aber negative Folgen für die Allgemeinheit generieren.

Die Problematisierung von steigender Ungleichheit über damit einhergehende soziale Konsequenzen findet im relativen Vergleich nur in geringem Ausmaß statt (nur 12% der Kodierungen, die Ungleichheit als problematisch sehen, tun dies aufgrund sozialer Konsequenzen). Ungefähr die Hälfte dieser Kodierungen verweisen auf das Problem steigender Armut, aber nur ein geringer Anteil in der Kategorie „soziale Konsequenzen“ führt steigende Gesundheits- oder Bildungsproblematiken an; beides Themen, die noch im Rahmen der Debatte um das Buch „Spirit Level“²⁹ von Wilkinson und Pickett (2009) durchaus prominent angesprochen waren, aber im vorliegenden Textmaterial wenig Beachtung finden.

3.2.4 Vergesst das Thema „Ungleichheit“!

Die Argumentationsmuster „Ungleichheit ist nicht gestiegen“ und „Ungleichheit ist die falsche Maßeinheit“ finden sich ausschließlich in jenen Texten, welche Ungleichheit nicht als Problem klassifizieren. Dies ist nicht weiter verwunderlich, ergeben sich die beiden Kategorien doch explizit aus der Ablehnung der Ungleichheitsproblematik. In der Kategorie „Ungleichheit ist nicht gestiegen“ wird Pikettys Datengrundlage in Zweifel gezogen und argumentiert, die Daten seien ungenau erhoben, fehlerhaft oder sogar manipuliert, bzw. er habe sich schlichtweg für seine Thesen zeitlich oder historisch „günstige“ Ausschnitte gewählt. Hier findet sich auch das häufig von Ökonomen in die Debatte eingebrachte Argument, Pikettys zentrale Formel $r > g$ sei nicht gleichbedeutend mit einer steigenden Vermögensungleichheit, da beispielsweise vermögende Personen ihre steigenden Kapitalerträge konsumieren. In der Kategorie „Ungleichheit ist die falsche Maßeinheit“ wird seine Datengrundlage selbst zwar nicht in Frage gestellt, aber angemerkt, dass der Fokus auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit irrelevant sei. Im Gegensatz dazu sollte vielmehr der Lebensstandard oder die Armutsentwicklung in historischer Perspektive zur Betrachtung herangezogen werden. Beide würden zeigen, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung in Bezug auf soziale und Wohlfahrtsstandards wesentlich verbessert habe und damit die Diskussion um Einkommens- und Vermögensungleichheit obsolet werden lasse.³⁰

„[...] sondern die Situation der Armen zu verbessern. Und das funktioniere – ganz simpel – nur über den Kapitalismus. Noch nie in der Geschichte der

Menschheit hätten sich die Einkommen so stark erhöht wie in den vergangenen beiden Jahrhunderten.“ (OA, Süddeutsche Zeitung, 10. Dezember 2014)

Konzeptionen von Wohlstand und Gleichheit erweisen sich dabei als sehr instruktiv: Die Privatyacht gegenüber einem überfüllten Kreuzfahrtschiff wird als Ungleichheitsbeispiel angeführt, graduelle Unterschiede, welche ein Wohlstandsproblem darstellen, nämlich wie Wohlsituierte ihren Urlaub verbringen. Als Beispiel für soziale Gleichheit werden universeller PC- oder Handy-Besitz angeführt.

„[...] doch einem durchschnittlichen Arbeiter gehe es anno 2014 viel besser als vor einem halben Jahrhundert, lautet das Argument – denn 1960 habe es ja keine Pauschalreisen, Handys, Internet und Diskonter gegeben. Es ist eine verlockende Vision, die die Apologeten der Ungleichheit zeichnen: die Nivellierung aller gesellschaftlichen Widersprüche unter dem flauschigen Banner von Ryanair und H&M. [...] solange es in den Favelas fließendes Wasser und WLAN gibt, ist alles in Ordnung. Friede den Hütten, Friede den Palästen.“ (Michael Laczynski, Die Presse, 17. Mai 2014)

Wenn auch die eigentliche Argumentation in diesem Text im Konjunktiv gehalten wird, um sich vermeintlich von den „Apologeten der Ungleichheit“ zu distanzieren, so bleibt doch dessen Hauptaussage – trotz der „flauschigen Banner“-Metapher – genau diesem Grundtenor verpflichtet: Der Autor gibt zwar vor, Für und Wider ausgewogen vorzustellen, um dann aber doch die zuvor relativierte Position einzunehmen: „Friede den Hütten, Friede den Palästen“.

3.3 Was nun, was tun? Eine verhaltene Debatte zu Politikmaßnahmen

Wie schon in Kapitel 3.1 angeführt, werden Umverteilungsmaßnahmen wesentlich weniger oft zum Thema, mit weniger Zustimmung bedacht und meist nur flüchtig angesprochen. Eine kontextuelle Einbindung – etwa nationale Bedingungen und Vorgaben – fehlt im Regelfall. Selbst jene Artikel, die sich im Wesentlichen mit Fragen der Besteuerung auseinandersetzen, bleiben üblicherweise an der Oberfläche: Wenn Jakob Schulz (2014) in einem Beitrag in der „Süddeutschen Zeitung“ die Unzulänglichkeit der aktuellen Erbschaftsbesteuerung in Deutschland kommentiert, so ringt er sich nur zu sehr vagen Anmerkungen bezüglich einer progressiven Steuer durch. Polly Toynbee (2014) kritisiert im „Guardian“ die aktuelle Ausgestaltung der britischen Besteuerung, lässt aber völlig offen, was *„working hard for your money should no longer be taxed the hardest“* praktisch zu bedeuten hätte. Nat O’Connors (2014) Artikel im „Irish Independent“ liefert zwar eine gelungene Analyse der irischen Einkommensteuer und der Optionen ihrer Reform, allerdings bleiben Fragen der vermögensbezogenen

Besteuerung völlig ausgespart. Christian Felber (2015) geht in „Der Standard“ letztlich detailliert auf die Reform der österreichischen Erbschaftsbesteuerung ein, vernachlässigt aber Vorschläge zu deren konkreter Umsetzung.

Es ist auffallend, dass, sobald Fragen der Besteuerung zur Debatte stehen, ein ablehnender, distanziert-negierender Gestus in den Beiträgen markant häufiger anzutreffen ist als im vorliegenden Textkorpus in seiner Gesamtheit. Einige Autoren stimmen dabei Pikettys allgemeinen Aussagen zur Ungleichverteilung zu, lehnen gleichzeitig aber höhere Besteuerung ab:

„Diese Analysen zu schätzen heißt nicht, zwingend Pikettys Politikempfehlungen zu unterstützen. Denn sosehr Piketty einerseits ein emsiger, auch auf Details achtender Forscher im Stile der französischen Historiker der „Annales“-Schule ist, so ist Piketty in gesellschaftlichen Fragen auch ein typischer französischer Utopist. Im konkreten Fall fordert er unter anderem eine globale, zwischen den einzelnen Ländern abgestimmte Erbschaftssteuer. Dies wird man mit gutem Grund für unrealistisch halten.“ (Gerald Braunberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Januar 2014)

Werden im Rahmen dieser Beiträge Politikmaßnahmen vorgeschlagen, so ist eine Verschiebung des Fokus von einer höheren Einkommens- und Vermögensbesteuerung hin zu einer Betonung der Wichtigkeit von Bildung und Ausbildung zu konstatieren:

„Die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen lässt sich nicht nur durch die Beschäftigung fördernde Wirtschaftspolitik verringern, sondern auch durch qualitätsorientierte Bildungspolitik. Leider hängt die Bildung von Kindern hierzulande weiterhin stark von der Bildung der Eltern ab. Die Schulen müssen dafür sorgen, dass auch jene Kinder hohe Bildungschancen haben, deren Eltern nachmittags nicht zu Hause als Nachhilfelehrer einspringen können. Schließlich ist eine gute Bildung, anders als von Piketty behauptet, noch immer eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg.“ (Jörg Krämer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2018)

Andererseits und komplementär (dies in Artikeln, welche Umverteilungsmaßnahmen ablehnen) sind entsprechend starke Tendenzen auszumachen, verschiedene ökonomische Akteure als Opfer staatlicher Maßnahmen zu stilisieren. So werden Unternehmer – oder generell „die Reichen“ – als Opfer ohne Handlungskompetenz portraitiert, welche ein aggressiver, überwältigender (*overpowering*) und Missbrauch treibender (*abusive*) Staat den Risiken durch Kapitalentnahme und daher der Gefahr des Konkurses aussetzt. Gefahren und Machtpotenziale einer völlig deregulierten Ökonomie hingegen werden gar nicht erst angesprochen.

In bemerkenswertem Kontrast dazu lässt sich feststellen, dass jene Texte, welche sich positiv gegenüber Umverteilungsmaßnahmen zur Ungleichheitsreduktion positionieren, die in Frage stehenden Politikmaßnah-

men sehr abwägend und komparativ debattieren um letztlich, wenngleich zuweilen fast entschuldigend, den positiv-befürwortenden Argumenten den Vorzug einzuräumen. Hier sei noch einmal Martin Wolf zitiert:

„The implication is perhaps surprising. Not only does inequality damage growth, but efforts to remedy it are, on the whole, not harmful.“ (Martin Wolf, The Irish Times, 23. April 2014)

Über alle Länder und Texte hinweg kann konstatiert werden, dass instrumentelle Formen ökonomischer Rationalisierung dazu herangezogen werden, Politikmaßnahmen zu diskreditieren. Diskursive Strategieelemente zielen auf die Konstruktion kausaler Beziehungen zwischen den Mitteln (höhere Besteuerung von Vermögen und Einkommen, wie von Picketty vorgeschlagen) und einer Vielzahl negativer Effekte (Arbeitslosigkeit, geringes Wachstum etc). Typischerweise ist damit die implizite oder explizite Verwendung von ökonomischen Konzepten wie der *Rational-Choice*-Theorie oder, genereller, der Neoklassik verbunden, oft durch affirmative Expertenmeinungen „abgesichert“. Um diesen Argumenten mehr Gewicht zu verleihen, finden sich rhetorisch-linguistische Muster und Zuspitzungen. Steuern werden oft als personifizierte aktive Akteure dargestellt („*taxes kill ...*“), und das Spektrum an Metaphern der unmittelbaren Gefahr, die von ihnen ausgeht, ist breit: Steuern sind eine „Last“, verursachen „Leid“, „gefährden Leben“, sind ein „Fluch“ und werden auch oft in semantischen Kriegs-Kontexten verwendet. Ebenso finden sich aggressiv-ablehnende Formulierungen und Suggestivfragen, die eine weitere sachliche Debatte um Fragen der Besteuerung doch erheblich erschweren:³¹

„This is bizarre. Have we learnt nothing since the 1970s about the impact of very high tax rates on growth and incentives? Does anybody not think that the prospect of eye-wateringly high tax rates on success will stop people striving for success, taking the risks needed to stimulate innovation?“ (David Smith, The Sunday Times, 27. April 2014)

3.4 Implizite ökonomische Theorie: Das vermittelte Ökonomiebild

In diesem abschließenden Kapitel widmen wir uns der Frage, welches Ökonomiebild unserem Korpus zugrunde gelegt wird. Einleitend sei hier erwähnt, dass die schon lange überwunden geglaubte Dichotomie von Markt und Staat im vorliegenden Textkorpus ihre unerwartete Auferstehung feiert. Darüber hinaus identifizieren wir eine paradigmatische *significant silence* in der Darstellung der Interaktion ökonomischer Akteure.

3.4.1 Der Markt als zentraler Argumentationspunkt – mit zweigeteilter Sichtweise

Frühere Studien, die sich der Frage des Ökonomiebildes in den Medien gewidmet haben, sind immer wieder zu dem Schluss gekommen, dass die Berichterstattung zu Wirtschafts-, Unternehmens- und Finanznachrichten einen marktorientierten Argumentationsrahmen ausweise; zuweilen wurde auch von einem „*pro-market capture*“ gesprochen.³² Letztendlicher ideologischer Fluchtpunkt medialer Berichterstattung in genannten Bereichen ist der „freie“ Markt als zentraler Lösungs- und Steuerungsmechanismus ökonomischer Themen und Problemstellungen. Im vorliegenden Korpus ist dies, sicher auch aufgrund der gewählten Thematik, durchaus anders gelagert. Zwar findet sich auch in der Ungleichheitsberichterstattung der „Markt“ als zentrale Argumentationslinie, doch lässt sich dies anhand zweier unterschiedlicher Herangehensweisen kategorisieren: Auf der einen Seite ist das bekannte Argument, „der Markt funktioniert effizient, wenn man ihn nur arbeiten lässt“, vorzufinden; auf der anderen Seite wird aber auch das Argument „der Markt funktioniert nicht effizient und braucht starke Regulierung“ gebraucht.

3.4.2 Kapitalismus ist krisenanfällig und führt zu steigender Ungleichheit

Insbesondere in englischsprachigen Artikeln der Berichterstattung über ökonomische Ungleichheit wird auf die dem Kapitalismus immanente Krisenanfälligkeit verwiesen. Der Kapitalismus, das habe die Finanzkrise 2008/09 sowie die nachfolgenden Entwicklungen gezeigt, sei nicht länger für alle vorteilhaft, sondern nur noch einer kleinen Minderheit (den „obersten 10 Prozent“) dienlich. Mit dieser Sicht einhergehend ist eine stärkere Hinterfragung der Effizienz und Perspektive des Kapitalismus allgemein zu beobachten. Weiterhin wird immer wieder darauf verwiesen, dass steigende ökonomische Ungleichheit wesentlich zu seiner Krisenanfälligkeit beitragen kann:

„But in the wake of the financial crisis there has been broader acceptance of the view that very high levels of income inequality can increase the risk of such crises, and so hurt the economy.“ (Stephanie Flanders, The Guardian, 19. Juli 2014)

Darüber hinaus kommt es zu einer starken Verknüpfung von Krisentendenzen und steigender Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt, welche – wenn auch nicht explizit genannt – keynesianische oder postkeynesianische Züge trägt. Unter diesem Prätext setzen sich Beiträge mit der als problematisch und krisenhaft eingeschätzten Situation am Arbeitsmarkt auseinander:

„But in the Great Recession, youth unemployment started out higher and then rose more than twice as fast. [...] that whereas the workforce as a whole

has endured a lost decade for pay, the real drop in earnings for the youngest age bracket is now a breath-taking 14%, setting them back a full 16 years to 1998 wage rates.“ (Tom Clark, The Guardian, 20. August 2014)

Im länderübergreifenden Vergleich fällt auf, dass die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus in deutschsprachigen Artikeln wenig berücksichtigt wird und Themen wie Hartz IV oder Mini-Jobs, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nur sehr cursorisch angesprochen sind. Trotz der empirischen Evidenz krisenhafter Entwicklungen am Arbeitsmarkt, welche sich auch auf Ungleichheit auswirken, bleibt dies in der deutschsprachigen Debatte vergleichsweise unbeleuchtet. Die fast vollständig fehlende Verknüpfung zwischen Ungleichheit und kapitalistisch-krisenhafter Entwicklungen im deutschsprachigen Raum lässt sich also nicht durch fehlende empirische Evidenz erklären, sondern findet ihren Ursprung viel mehr in den ideologischen Positionen der Zeitungen bzw. der JournalistInnen und KommentatorInnen sowie im länderspezifischen gesellschaftspolitischen Klima, kurz: der „*cultural air*“. In den deutschsprachigen Artikeln scheint die Krise bereits vergessen; das dominante Narrativ ist vielmehr: „Wir“ haben die Krise überwunden, es ist wieder Normalität eingeleitet. Die kapitalistische Krisenhaftigkeit wird damit an den Rand gedrängt und scheint nur noch als transitorische, bereits vergangene Periode auf.

3.4.3 Blindstellen bezüglich der Rolle von Wirtschaftspolitik

Der Großteil unseres Korpus an Artikeln, der Ungleichheit problematisiert, schreibt dem Staat eine sehr ambivalente Rolle zu. Am einen Ende des Spektrums wird Ungleichheit als Ergebnis mechanistisch agierender makroökonomischer Größen (technologischer Wandel, Globalisierung oder struktureller Wandel) angenommen, die dem Staat keinerlei aktive Rolle zuschreibt; ein Szenario, in welchem der Staat als Akteur bezüglich Ungleichheit schlicht nicht existent ist. (z. B. Harding in der „Financial Times“). Ungleichheitsfragen werden hier sehr wohl Bedeutung beigemessen, aber verstanden als Ergebnis mechanistisch in Beziehung stehender, makroökonomischer Prozesse, ohne Raum für jedwede politische Gestaltung und Einflussmöglichkeit. Am anderen Ende der Argumentationskette wird der Staat in keynesianischen Termini als Beschäftigung schaffend, Unsicherheiten reduzierend und notwendige öffentliche Dienstleistungen bereitstellend beschrieben, die der gesamten Bevölkerung zugutekommen, nicht ausschließlich den „Reichen“ (z. B. Nat O’Connor in „Irish Independent“).

Für die Mehrheit des Samples ist ein Staatsverständnis charakteristisch, das beide der obengenannten Aspekte inkorporiert. Einerseits werden dem Staat Befähigungen zugesprochen, steigende Ungleichheiten zu reduzieren (wenngleich dies auch öfters sehr indirekt, gleichsam negativ

vonstattengeht, z. B. über die Annahme, dass die Politik durch ineffiziente oder falsche Maßnahmensetzung zu steigender Ungleichheit beigetragen habe, über zu geringe Besteuerung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften). Eine andere Version einer zwar aktiven, aber hochgradig ineffizienten politischen Sphäre wird im „Standard“ (John 2014) gezeichnet und somit Politik *per se* hochgradig degradiert. Dort werden Politiker als unfähig dargestellt, wirksame Aktionen gegen steigende Ungleichheit zu setzen, da sie sich in unnötigen Debatten verlören: „Die Regierungsspitzen hauten sich die Studien der Experten um die Ohren, als säßen sie im Volkswirtschaftsseminar.“

Werden wirtschaftspolitische Maßnahmen angesprochen, so ist eine massive Konzentration auf die Steuerthematik zu vermerken, „vergessen“ – im Sinne der *significant silences* – werden hingegen die investiven Aspekte öffentlicher Politik, wie z. B. Schulen, Spitäler, Infrastruktur. Zweifellos darf nicht außer Acht gelassen werden, dass wir eben Texte zur Piketty-Rezeption analysiert haben, der in seinem Buch vorzugsweise auf die Steuerpolitik (auf Einkommen, Vermögen oder Erbschaften) rekurriert. Trotzdem ist die Beobachtung bemerkenswert, dass in den zur Analyse herangezogenen Beiträgen jegliche staatliche Tätigkeit in weiteren Bereichen größtenteils ausgeklammert und damit, wenn auch implizit, die Notwendigkeit eines regulierten Kapitalismus negiert wird.

Jene Artikel, die Piketty widersprechen, scheinen auf einem (beabsichtigten?) Missverständnis aufzubauen: Sie unterstellen, dass all jene, die für eine Reduktion der aktuellen, sich sukzessive vergrößernden Schere an Ungleichheiten eintreten, gleichsam jegliche Form von Ungleichheit in einer Gesellschaft einzuebnen trachten, was nach Ansicht der Piketty-Gegner mit geradezu zwingender Notwendigkeit zu einem ökonomischen Desaster führen müsste. Konsequenterweise wird der Staat dabei als schwerfällig und ineffizient, ineffektiv und dysfunktional porträtiert, Steuern werden als die BürgerInnen schröpfende Bürde dargestellt, ohne auch nur im Geringsten darauf einzugehen, was die BürgerInnen über Staatsausgaben an Leistungen erhalten. In Kombination mit der Darstellung von „Reichen“ und „Unternehmern“ gleichsam als Wohltäter, auf welche die Gesellschaft angewiesen sei, führt dies zu sehr spezifischen Schlussfolgerungen und Prognosen: dass es notwendig sei, Steuerschlupflöcher zu finden, und dass eine Besteuerung von Vermögenden schädlich für die Gesellschaft als Ganzes sei.

3.4.4 Das Fehlen von Interessengegensätzen

Das weitgehende Fehlen von Diskursen, welche die Interessengegensätze zwischen unterschiedlichen ökonomischen Gruppen oder Klassen debattieren, kann geradezu als paradigmatische *significant silence* gelten.

Während Ansätze einer politischen Ökonomie sich dessen bewusst sind, dass ökonomische Verteilung von Machtverhältnissen bestimmt wird, von der Verhandlungsmacht der unterschiedlichen Gruppen abhängig ist, ist diese Erkenntnis in unserem Korpus vorzugsweise im Rahmen der politischen Konsequenzen vorzufinden, nicht aber bei den Themen der – doch in der Piketty-Rezeption so dominanten – ökonomischen Verteilungsfrage von Einkommen und Vermögen. Vielmehr werden Ungleichheitstrends entweder als quasi-automatische, mechanistische Prozesse interpretiert oder sie werden als unzureichende Bedingungen und Regulierungen der politischen Sphäre gesehen. Dass in beiden Fällen gesellschaftliche Verhandlungen, Machtpotenziale und eben unterschiedliche Interessenlagen vorzufinden sind, bleibt in der Mehrzahl der Texte absent, auch in jenen, die in steigender Ungleichheit ein schwerwiegendes Problem sehen.

4. Schlussbetrachtungen

Nachdem wir uns in diesem Artikel bereits so ausführlich mit der Rezeption von Pikettys Werk beschäftigt haben, hier noch ein letztes, direktes Zitat von ihm:

„When a lengthy book is widely discussed in academic circles and the popular media, it is probably inevitable that the arguments of the book will be simplified in the telling and retelling.“ (Piketty, 2015, S. 67)

Ziel unseres Beitrags war nicht die Beantwortung der Frage, ob Argumente „in the telling and retelling“ simplifiziert werden – dies muss in jeglichen Kurzdarstellungen zwangsläufig der Fall sein –, sondern in welcher Weise dies geschieht, welche Themen ausgewählt, aufgegriffen und erzählt werden. Somit beschäftigte sich dieser Artikel mit der Frage, wie ökonomische Ungleichheit an die Öffentlichkeit vermittelt und diskutiert wird und somit das öffentliche Bild der Ungleichheit bei Nicht-ExpertInnen geprägt wird.

In quantitativen Termini waren es 329 Beiträge, die im Untersuchungszeitraum von 13 Monaten in den 12 ausgewählten Printmedien inhaltlich zur Piketty-Rezeption publiziert wurden. In der medialen Haltung zu Ungleichheit berichtet etwas weniger als die Hälfte der Beiträge neutral, während der Rest (172) in den Texten explizit Stellung bezieht, sei es nun in der Weise, dass Ungleichheit ein gesellschaftliches Problem darstelle oder eben, dass sie dies nicht tue. In beiden dieser Gruppen sind es besonders gesellschaftlich dominante Leitbilder (wie z. B. das meritokratische Prinzip) und Fragen der ökonomischen Konsequenzen (z. B. bezüglich Wachstum), die vorrangig thematisiert werden. Hierbei ist die Einstellung zum Leistungsprinzip als Ordnungsprinzip der Gesellschaft immer noch dominant, auch dann, wenn dieses als nicht gut (oder gar per-